

Programm

von Bündnis 90/ Die Grünen

für die Wahl zum Gemeinderat

der Verbandsgemeinde Rheinauen am 26. Mai 2019

Beschlossen am 28.1. 2019 und in ergänzter Form am 28.2. 2019

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

nach viereinhalb Jahren im Verbandsgemeinderat zieht die Fraktion der Grünen, in der alle Ortsgemeinden vertreten sind, Bilanz : Die neue Verbandsgemeinde hat sich bei der Bewältigung ihrer Aufgaben bewährt.

Die Feuerwehr der Verbandsgemeinde, die Abwassereinrichtungen und die Wasserversorgung haben sich positiv weiterentwickelt, die schwierige Zusammenführung der Verwaltungseinheiten scheint gelungen, die Verbandsgemeindeumlage bewegt sich in einem akzeptablen Rahmen, das Klima im neuen Verbandsgemeinderat ist im Gegensatz zu den Gemeinderäten mancher Ortsgemeinden erstaunlich gut und auch die Finanzlage ist trotz hoher Ausgaben vor allem im Feuerwehrbereich immer noch solide.

Die Grünen haben an dieser Entwicklung konstruktiv mitgearbeitet, durch Widerspruch, eigene Anregungen, aber auch durch pragmatische Zustimmung in Sachfragen, deren Beantwortung unstrittig war.

Eine große Herausforderung für die neue Verbandsgemeinde war die Integration der relativ großen Zahl der Zugewanderten und Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016: Unsere Fraktion hat durch zwei Anträge zur Einberufung des Sozialausschusses und den Antrag zur Schaffung einer Sozialarbeiterstelle manches ins Rollen gebracht. Das Netzwerk Asyl, regelmäßige Cafés mit unseren ausländischen Freunden, die Kleiderkammer und die Fahrradwerkstatt bilden ein wirksames Gegengewicht zu fremdenfeindlichen Äußerungen und Aktionen in der Verbandsgemeinde.

Wichtige Zukunftsaufgaben benötigen auch künftig eine starke Fraktion der Grünen: Der neue Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan muss fertiggestellt werden, beim Eigenbetrieb Abwasser stehen hohe Investitionen an und die stark unterschiedlichen Abwasserpreise sollten nach unserer Auffassung angeglichen werden. Der Polder Waldsee-Altrip-Neuhofen, die geplante Erdölförderung in Otterstadt, die mangelnde Qualität vieler Gewässer, die zunehmende Versiegelung der Landschaft, die Verknappung bezahlbaren Wohnraums und der Rechtsruck in unserer Gesellschaft sind Themen, denen wir uns auch in Zukunft stellen werden.

Ihre Grünen im Verbandsgemeinderat 2014 - 2019

Was regelt die Verbandsgemeinde ? Wofür sind die Ortsgemeinden zuständig?

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Grünes Wahlprogramm für die Verbandsgemeinde befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen und Aufgaben die auf der Ebene der Verbandsgemeinde geregelt werden. Dazu gehören die Werke für die Wasser- und Abwasserversorgung, der Flächennutzungsplan und die Feuerwehr. Die meisten politischen Themen werden aber auf der Ebene der Ortsgemeinden entschieden; die Ortsgemeinden haben auch die Haushaltshoheit für ihre Belange. Dazu gibt es Programme der Grünen und der Grünen Listen in den einzelnen Ortsgemeinden. Hier in diesem Programm greifen wir aber auch Themen auf, die für uns von übergeordneter Bedeutung für alle Ortsgemeinden sind (z.B. Umwelt-, Energie-, Verkehrs-, Wohnungs- und Sozialpolitik) oder die mehr als eine der Ortsgemeinden betreffen (z.B. die Erdölbohrung in Otterstadt, die ganz nahe der Ortsgrenze von Waldsee gelegen ist oder der geplante Polder, der Altrip, Waldsee und Neuhofen betrifft). Manche wichtige Punkte werden Sie vielleicht vermissen; das liegt daran, dass sie ins Aufgabenfeld der einzelnen Ortsgemeinden gehören.

Wir wünschen Ihnen bei der Lektüre dieses kurzen Programms viel Freude.

Haben Sie Fragen an uns? Wollen Sie mit uns ins Gespräch kommen?

Kontakt aufnehmen können Sie für Altrip mit Dagmar Schwall (dvschwall@gmail.com) und Armin Grau (ajgrau@web.de), für Neuhofen mit Wolfgang Berger (BergerWolfgang1@t-online.de), für Waldsee mit Helmut Klauß und Peter Aures (gkl-Waldsee@web.de) und für Otterstadt mit Eckhard Sans (e-sans@t-online.de) und Dr. Alfred Brechensbauer (Brechensbauer@web.de)

Soziales

Die Grünen setzen sich grundsätzlich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am öffentlichen und privaten Leben ein. Dies beinhaltet neben Angeboten für junge und alte Menschen und der Integration behinderter Menschen insbesondere auch die Unterstützung unverschuldet in Not geratener Menschen.

Dazu gehört auch ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum in unseren Gemeinden und damit ein bevorzugter Bau von Sozialwohnungen zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Kreiswohnungsverband; die Zurverfügungstellung von Flächen ist jedoch Aufgabe der Ortsgemeinden.

Wir setzen uns im Verbandsgemeinderat ein für die

- Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Dies beinhaltet eine dringend erforderliche klare Regelung zum Ersatz von Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten im Dienst der Verbandsgemeinde. Mit ehrenamtlich Tätigen soll sachgerecht und wohlwollend umgegangen werden.
- Fortführung der erfolgreichen Projekte Kleiderkammer und Fahrradwerkstatt
- Professionelle Betreuung von AsylbewerberInnen und Geflüchteten durch eine angemessene personelle Ausstattung der Sozialabteilung der Verbandsgemeinde
- Unterstützung von freiwilligen Betreuern und Arbeitskreisen, die sich für die Integration von AsylbewerberInnen und Geflüchteten einsetzen. Fördergelder für die Integration von Geflüchteten sollen dort eingesetzt werden, wo die Intergrationsarbeit praktisch geleistet wird, nämlich im Netzwerk Asyl.
- Verstärkte Koordination und Förderung der Zusammenarbeit der örtlichen Akteure in wichtigen sozialen Bereichen, z.B.
 - Jugendarbeit
 - Schulsozialarbeit
 - Büchereien
 - Seniorenbeiräte
 - Wir treten ein für eine Belebung der lokalen Agenda 21 Arbeitskreise in den

Ortsgemeinden und in der Verbandsgemeinde. In Form von Zukunftwerkstätten sollen Bürger und Verwaltung an der Lösung lokaler Aufgaben zusammenarbeiten.

NATUR und UMWELT

Die Verbandsgemeinde Rheinauen ist umgeben von einer reichhaltigen und vielfältigen Naturlandschaft. Viele Menschen entscheiden sich auch deswegen für unsere Ortsgemeinden als Wohnort.

Doch Klimawandel, Schadstoffe im Wasser, Artensterben und Verkehrsbelastung verändern die Lebensgrundlage und dadurch auch die Lebensqualität.

Für uns GRÜNE steht der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt unserer Politik, um die Lebensqualität auch in Zukunft zu erhalten.

Deshalb setzen wir uns ein:

- für die Verbesserung von Grundwasser, Oberflächengewässer und Badegewässer durch nachhaltige Bewirtschaftung

Dies kann durch eine Reduzierung von Schadstoffeinträgen wie Düngemittel und Pflanzenschutzmittel erfolgen wie auch die Vermeidung von jeglichen zusätzlichen direkten Nährstoffeinträgen in Gewässer.

Insbesondere setzen wir uns ein für eine Sanierung und einen besseren Schutz des stark belasteten Neuhofener Altrheins sowie der anderen Gewässer unserer Verbandsgemeinde sowie für eine engmaschige Überwachung der Badegewässer in der VG Rheinauen.

- für die Erhaltung der Artenvielfalt durch ökologische Aufwertung von Flächen

Dies kann durch Nutzung von Flächen, die sowieso da sind, sogenannte Eh-Da-Flächen, erreicht werden, indem hier Wildbienen, Bienen und andere Insekten Nahrung und eine Heimat finden. Eine naturnahe Gartengestaltung unterstützt die

Artenvielfalt und liegt im Trend. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass im neuen Flächennutzungsplan wichtige ökologische Vorstellungen berücksichtigt werden. Insbesondere sprechen wir uns gegen die weitere Ausweisung größerer Neubaugebiete in den Ortsgemeinden aus gegen die Bebauung von Verbindungsflächen zwischen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten.

- **für eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik** (s. Kapitel „Verkehr“)
- für ein **Klimaschutzkonzept** in allen Ortsgemeinden mit einem Austausch auf der Ebene der Verbandsgemeinde. Dies beinhaltet u.a. die Prüfung von Nahwärmekonzepten auf der Grundlage erneuerbarer Energien einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung in den Ortsgemeinden, die Verbesserung der Wärmedämmung sowie die Nutzung von Photovoltaikanlagen auf geeigneten gemeindeeigenen Gebäuden
- Wir sprechen uns dafür aus, die ausgewiesene Vorrangfläche für Windkraft an der B9 auf ihre naturverträgliche und wirtschaftliche Nutzbarkeit hin zu überprüfen. An Windkraftanlagen sollen die Bürger zum Beispiel in Form einer Genossenschaft beteiligt werden.

Wir Grüne sind die entscheidende politische Stimme für Umwelt und Naturschutz und dadurch für den Erhalt der Lebensqualität in unseren Gemeinden.

Keine Erdölbohrung in Otterstadt

Nur rund 450 Meter vom Ortsrand von Otterstadt und 500 Meter vom Ortsrand von Waldsee plant ein Firmenkonsortium eine Erkundungsbohrung zur Aufsuchung von Erdöl. Bei Nachweis einer Lagerstätte ist eine dauerhafte Ölförderung geplant. Viele Menschen haben Otterstadt und Waldsee aufgrund der reizvollen Landschaft und der Ruhe als Wohnort gewählt. Das geplante Öl-Projekt stellt einen massiven Eingriff in die Umwelt dar. Es ist im Interesse der Betreiber, die hohe Gewinne erwarten. Hingegen ist es sicherlich nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort:

- Bei der Ölgewinnung werden Bohrschlämme gefördert, die radioaktive Stoffe und giftige Schwermetalle insbesondere Quecksilber enthalten. Eine chronische Belastung mit bereits geringen Mengen an Quecksilber kann beim Menschen zu schweren gesundheitlichen Schäden führen.
- Die Bohrungen können zu Bodensenkungen und Erdbeben führen mit der Folge von Schäden an den Gebäuden und schwierig zu lösenden juristischen Fragen in Sachen Verantwortlichkeit und Haftung.
- Das geplante Erdölprojekt liegt inmitten eines Wildtierkorridors. Zwischen Schifferstadt und Speyer ist eine millionenteure Grünbrücke über die A61 geplant. Im weiteren Verlauf des Wildtierkorridors in Richtung Rhein würde dann die Ölförderanlage den Wildwechsel stören.

Global betrachtet gibt es ein ganz übergeordnetes Argument: Wir sind dabei, aus der Nutzung fossiler Energieträger wie dem Erdöl auszusteigen. Da passt es nicht ins Bild, bei ohnehin hohem Angebot auf den Weltmärkten immer neue Ölvorkommen zu erschließen. Es gibt keinerlei Knappheit von Öl auf den Weltmärkten. Lassen wir daher das Otterstädter Öl unter dem Boden und steigen wir heute konsequent um auf erneuerbare Energien.

Auf Bundesebene setzen wir Grüne uns im übrigen ein für eine Änderung des Bergrechts mit dem Ziel einer Stärkung der Bürgerrechte in Antragsverfahren.

Aus all den genannten Gründen lehnen wir die Erkundungsbohrung in Otterstadt strikt ab und unterstützen alle zielgerichteten politischen und juristischen Maßnahmen gegen das Projekt

Polder

Kein Polder, der die Menschen gefährdet und den Naturschutz ignoriert!!

Im Herbst 2018 wurde mit einem Planänderungsverfahren ein neues Kapitel in der langen Poldergeschichte eingeleitet. Zum Hintergrund: Das Land Rheinland-Pfalz plant ein Hochwasserrückhaltebecken, einen Polder Waldsee-Altrip-Neuhofen, der einen ungesteuerten Anteil mit überflutbaren Flächen und einen größeren gesteuerten Anteil mit

einem Einlass und insgesamt rund 9 Millionen Kubikmeter Volumen umfasst. Riesige Dämme würden zum Teil mitten in schützenswerter Natur gebaut. Bei einer Flutung steht das Wasser hoch über Altrip; trotz teurer Ausgleichsmaßnahmen ist mit einer erheblichen Zunahme des Druckwassers und mit Wasser in den Kellern zu rechnen. Und am Wichtigsten: Der Schutz der Bevölkerung ist nicht gewährleistet! Bei Polderflutung ist die Kreisstraße nach Waldsee teilweise überflutet. Im Katastrophenfall bliebe nur die Kreisstraße nach Rheingönheim zur Evakuierung von Tausenden Menschen aus Altrip, ein tragfähiges Katastrophenschutzkonzept existiert hierfür nicht! 2005 wurde der Polder planfestgestellt, seither klagt die Gemeinde Altrip gegen das Vorhaben und hat einen großen Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof erzielt!

Die jetzt von der SStruktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) vorgelegten Planänderungen, die die alten Defizite heilen sollten, sind in jeder Hinsicht völlig unzureichend. Daher haben wir eine Reihe von Einwendungen gegen die Pläne gemacht. Wir Grüne sagen: Auch Altrip, Waldsee und Neuhofen müssen einen angemessenen Beitrag zum Hochwasserschutz leisten, natürlich. Mit den vorhandenen Seen, den Altrheinarmen und dem Rehbachpolder besteht hier bereits ein relevanter Beitrag. Der geplante Polder aber gefährdet Mensch und Natur vor Ort. Daher lehnen wir ihn entschieden ab!

Unsere Forderungen

Mit allen politischen und juristischen Mitteln gegen den geplanten Polder! Keine Hinterzimmerabsprachen mit der SGD-Süd!

Für einen naturnahen Hochwasserschutz mit Deichrückverlegungen, dort wo Mensch und Natur nicht gefährdet sind!

Für die Erstellung eines umfassenden Hochwasserschutzkonzeptes für alle Ortsgemeinden

Und täglich fließt das Abwasser

Der neuen Verbandsgemeinde wurde im Fusionsgesetz ein wichtige Vorgabe gemacht: Innerhalb von 10 Jahren darf es nur noch ein einheitliches Werk für Wasser und Abwasser geben, mit einheitlichen Preisen in allen Ortsgemeinden. Bislang ist davon keine Rede. In Waldsee und Otterstadt zahlen die BürgerInnen nur 1,47 Euro, in Neuhofen und Altrip hingegen 2,42 bzw. 2,86 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser.

Wir Grünen im Verbandsgemeinderat haben mehrfach versucht, eine schrittweise Angleichung der Preise bis 2024 zu erreichen, sind aber nur auf taube Ohren bei den anderen Parteien gestoßen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Anpassung der Preise in mehreren kleinen Schritten am besten für alle Beteiligten wäre, auch im Hinblick auf die zu erwartenden Investitionen für das Abwasser in den Ortsgemeinden: Bis 2023 sind für Altrip 5,36 Mio. und für Neuhofen, 3,37 Mio. an Investitionen geplant, während in Waldsee und Otterstadt zusammen lediglich 0,57 Mio. zu erwarten sind, das heißt, die Preisunterschiede werden sich weiter verstärken, wenn wie bisher jedes Abwasserwerk eigene Abwasserpreise berechnen muss. Der neue Verbandsgemeinderat muss sich der Problematik annehmen, sonst drohen 2024 auf einen Schlag massive Erhöhungen der Abwasserpreise in Waldsee und Otterstadt.

Gleichzeitig treten wir in diesem Zusammenhang ein gegen weitere Flächenversiegelungen, für eine Förderung von Flächenentsiegelung und weiteren Maßnahmen zur besseren Wasserversickerung.

Unsere Forderung: Eine schrittweise Angleichung der Abwasserpreise bis 2024

Kooperation der Bauhöfe der Ortsgemeinden in der Verbandsgemeinde

Wir streben eine Optimierung der bestehenden Zusammenarbeit der Bauhöfe der Ortsgemeinden unter Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit an.

Ziel sollte es sein, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und weiterhin einen verlässlichen Service für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Dies kann zum Beispiel erreicht werden durch die Bündelung des Waren- und Materialeinkaufs unter Beachtung von ökologischen, regionalen und

ressourcenschonenden Gesichtspunkten.

Wir schlagen vor, dass die Bauhöfe Praktika für arbeitslose Jugendliche und Asylbewerber anbieten.

An den Bauhöfen oder an anderen Stellen können Werkstätten für Bürger eingerichtet werden für Reparaturen, für gegenseitige Hilfe, gemeinsame Benutzung von Werkzeugen und Wissensvermittlung von Bürger zu Bürger.

Verkehr – Wie wir besser zusammenkommen

Seit vier Jahren bilden unsere vier Ortsgemeinden eine Einheit, zusammengewachsen sind wir dabei auch verkehrstechnisch noch nicht. Die Mobilität vieler, vor allem älterer Menschen ist eingeschränkt

Wir Grünen fordern einen **Bürgerbus** in und zwischen den Ortsgemeinden

Ein Bürgerbus fährt nach dem Motto, „Bürger fahren für Bürger“. Er setzt auf BürgerInnen, die bereit sind ehrenamtlich andere zu fahren. Durch die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde sollen die Fahrten für die BürgerInnen kostenlos sein und Fahrten zum Arzt oder zur Apotheke, zum Einkaufen und zu anderen persönlichen Besorgungen erlauben. Er kann auf Anfrage und nach Absprache eingesetzt werden und er kann auch eine Runde durch alle Ortsgemeinden zu bestimmten Fahrzeiten anbieten. Er soll max. 8 Plätze haben und auch die Mitnahme eines Rollstuhls/Kinderwagens ermöglichen. Hier können zunächst in den Gemeinden Busse verwendet werden, die schon vorhanden, also ohnehin da sind. Bei Neuanschaffungen sollte der Bus möglichst mit einem elektrischen Antrieb ausgestattet sein.

Wir wollen allen Menschen ein besseres Mobilitätsangebot machen, die Umwelt schonen und dem drohenden Verkehrsinfarkt im Zusammenhang mit dem Hochstraßenabriss in Ludwigshafen vorbeugen. Daher streben wir einen **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** in der Verbandsgemeinde an:

Wir fordern eine Fortsetzung der **Straßenbahnlinie 6 bis nach Neuhofen**

Die Trasse dieser schon früher ins Auge gefassten Linie wurde bislang freigehalten. Es gilt dieses Projekt jetzt anzupacken. Langfristig wäre eine Fortsetzung der Linie 6 über Neuhofen hinaus bis nach Waldsee wünschenswert.

Wir fordern eine **Busverbindung Altrip – Waldsee- Schifferstadt** zur S-Bahn

Fünf Jahre nach dem Zusammenschluss der 4 Ortsgemeinden zu einer Verbandsgemeinde, ist das Rathaus in Waldsee von Altrip aus nach wie vor nicht mit dem Bus zu erreichen. Da das Sozialamt in Waldsee sitzt, trifft es gerade die, die auf den ÖPNV angewiesen sind besonders. Desweiteren liegt in Schifferstadt das Schulzentrum u.a. mit dem nächstgelegenen Gymnasium in unserem Kreis.

Eine Verbindung nach Schifferstadt bietet eine vollwertige Anbindung ans S-Bahn-Netz In Rheingönheim besteht kein vollwertiger S-Bahnanschluss, es halten nicht alle S-Bahnen)

Wir fordern einen Ausbau der Kleinbusverbindung von **Altrip nach Mannheim** über die Fähre.

Ein größerer, endlich barrierefreier Bus statt des aktuellen Kleinbus würde die wichtige Verbindung nach Mannheim aus der Verbandsgemeinde wesentlich verbessern. Der aktuell hohe Bedarf für die Verbindung nach Mannheim wird durch den geplanten Hochstraßenabriss in Ludwigshafen noch verstärkt werden. Daher ist eine Verdichtung des Taktes ebenso notwendig wie die Ausdehnung des Taktes auf die Abendstunden und das Wochenende.

Wir fordern einen **fußgänger- und fahrradfreundlichen Betrieb** der Fähre mit einem ausreichend breiten und sicheren Rad- und Fußgängerstreifen sowie einer sicheren Möglichkeit für das Auf- und Abfahren der Fähre

Wir unterstützen die Forderung der Altriper Grünen, die finanzielle und technische Machbarkeit einer **Rad- und Fußgängerbrücke** zwischen Neckarau und Altrip zu prüfen.

Die **Radwege** in unserer Verbandsgemeinde sind zum Teil in keinem guten Zustand und häufig sind sie im innerörtlichen Bereich unzureichend.

Wir setzen uns für einen **Ausbau und eine bessere Erhaltung der Radwege** ein.

